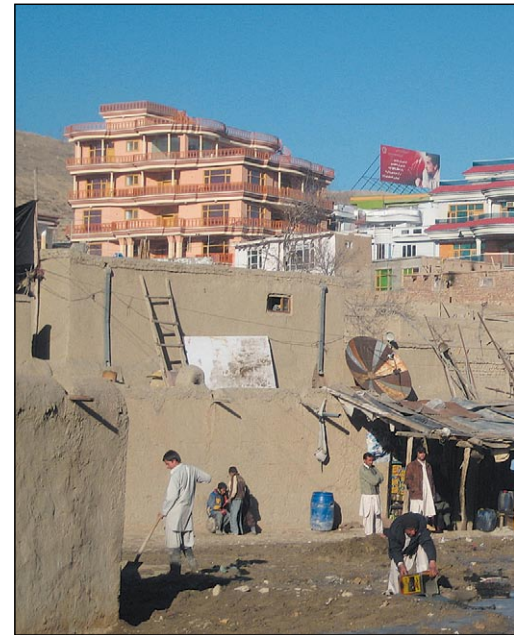


Foto 1: Squatter-Siedlungen in Kabul



Informelle Siedlungen in Kabul – Entwicklungshemmnis oder -chance?

Seit dem Sturz der Taliban 2001 hat die afghanische Hauptstadt eine Bevölkerungsexplosion nie da gewesenen Ausmaßes erlebt. Von geschätzt 4,5 Mio. Einwohnern Kabuls aber leben derzeit knapp Dreiviertel in informellen Siedlungen. Obwohl illegal, hat dies die Menschen vor einer humanitären Katastrophe bewahrt.

Die afghanische Regierung sieht sich vor schwer zu lösenden Herausforderungen, wie sie mit den informellen Siedlungen umgehen soll. Seit 2002 treten immer mehr Landspekulanten in Erscheinung, welche die Schwäche der Regierung ausnutzen und in Konkurrenz zur Stadtverwaltung agieren.

Die informellen Siedlungen vor dem Bürgerkrieg

Informelle Siedlungen prägen seit etwa 60 Jahren das Bild der afghanischen Hauptstadt. Bereits in den 1950er Jahren wurden die ersten ungeplanten Siedlungen an den Berghängen des Koh-i Asmai oberhalb der Altstadt von Kabul errichtet. Die Mitte der 1960er Jahre einsetzende Landflucht führte zu einer signifikanten Zuwanderung, welche die informelle Siedlungstätigkeit intensivierte und die Ausdehnung des Stadtgebietes wesentlich beeinflusste (Bechhoefer 1977, S. 3; Dupree 1975, S. 11–12; Hahn 1975, S. 215). Der sowjetisch-afghanische Krieg von 1979 bis 1989 hat diese Zuwanderungswelle nach Kabul nicht unterbrochen, auch die informelle Siedlungstätigkeit setzte sich fort. Zwar ging die kommunistische Regierung in den 1980er Jahren immer wieder dagegen vor. Doch die meist armen

und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen wehrten sich und bauten die zerstörten Häuser über Nacht wieder auf, bis die Regierung endlich von der Zerstörung abließ. Diese Gebiete werden bis heute Zour Abad genannt, was soviel wie „mit Mut und Kraft errichtet“ bedeutet (Issa und Kohistani 2007, S. 56). Eine Anbindung an die städtische Infrastruktur erfolgte nicht.

Nach dem Fall des kommunistischen Regimes 1989 besetzten verschiedene Anführer der afghanischen Widerstandsbewegung der Mujahedin illegal Land in Kabul. Erst der Bürgerkrieg (1992–1994) unterbrach diese Entwicklung. Wer konnte, schloss sich den großen Flüchtlingsbewegungen an und ging ins Exil. Die Nachfrage nach Land sank somit.

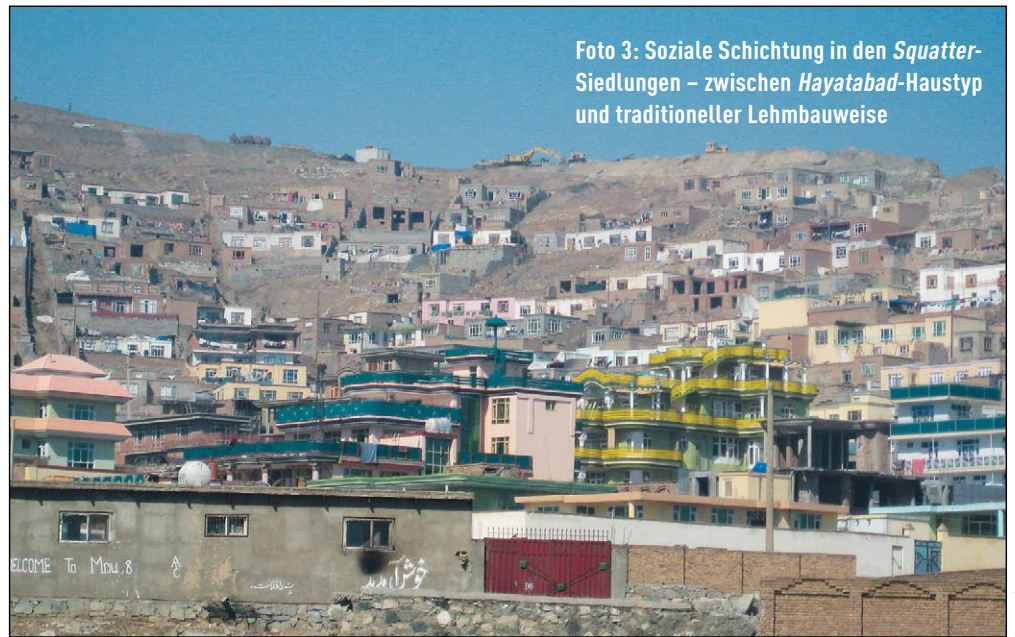
Flüchtlingsbewegungen und Bevölkerungswachstum in Kabul

In den 1980er und 1990er Jahren flüchteten mehr als 7,5 Mio. Menschen aus Afghanistan vor dem Krieg in die Nachbarstaaten Iran und Pakistan. Davon kehrten seit dem Fall der Taliban etwa 5 Mio. zurück (vgl. UNHCR 2011). Nach Angaben der Vereinten Nationen hielten sich 2007 etwa 1 Mio. Rückkehrer in der Hauptstadt Kabul auf (vgl. IRIN Asia 2007). Die gegenwärtig noch etwa 2,7 Mio. registrierten Flüchtlinge in Pakistan und

Foto 2: Zwei-Klassengesellschaft im Kabuler Stadtteil Sherpur



Foto 3: Soziale Schichtung in den Squatter-Siedlungen – zwischen Hayatabad-Haustyp und traditioneller Lehmbauweise



Fotos: C. Issa

im Iran werden mittelfristig den Bevölkerungsdruck auf Kabul weiter verstärken (vgl. UNAMA 2010).

Im Jahr 2001 lebten nur etwa 500 000 Menschen in Kabul (vgl. Ittig 2006). Die bereits 2004 etwa 3 Mio. Einwohner (vgl. World Bank 2005) zählende Stadtbevölkerung stieg bis heute um etwa 50% auf 4,5 Millionen an (vgl. Auswärtiges Amt 2010). Nach Einschätzung der Vereinten Nationen wird die Bevölkerung Kabuls 2015 die 7 Mio.-Marke überschreiten (vgl. IRIN Asia 2007 sowie Abb. 1). Damit entwickelt sich die afghanische Hauptstadt zu einer Megacity.

Das Dilemma: illegale Siedlungen oder eine humanitäre Katastrophe

2004 nahmen informelle Siedlungen 69% (71,6 km²) der Siedlungsfläche Kabuls ab und gewährten 2,44 Mio. Menschen Unterkunft. Zweidrittel ihrer Bewohner bevorzugen die traditionelle Lehmbauweise und finanziert den Hausbau durch Geldanleihen bei Verwandten und Freunden. Für das Jahr 2004 wird der Wert solcher privater Investitionen auf 2,5 Mio. US\$ geschätzt (World Bank 2005, S. 1). Heute lebt knapp dreiviertel der Stadtbevölkerung Kabuls in informellen Siedlungen und hat die Menschen in Kabul vor einer humanitären Katastrophe bewahrt. Die Hauptproblematik in den Siedlungsgebieten ist im Folgenden zusammen gestellt.

Ungeklärte Eigentumsverhältnisse

Die Bewohner der informellen Siedlungen sind sich bewusst, dass sie „illegal“ ihre Häuser errichten und damit über keinerlei Rechtssicherheit im Hinblick auf Landrechte oder ihr Eigentum verfügen. Auf der anderen Seite sieht sich die Stadtverwaltung nicht in der Lage, einen geeigneten Maßnahmenplan aufzustellen, um adäquaten Wohnraum bereitzustellen. Das Dilemma: Schließt die Regierung die informellen Siedlungen an die städtische Infrastruktur an, erkennt sie sie fak-

tisch als „legal“ an; eine Situation die die Stadt wegen der Rechtsunsicherheit vermeiden möchte.

Stromversorgung und Transportwesen

Die seit 2008 vorgenommene Teilprivatisierung des Strommarktes in Afghanistan hat dazu geführt, dass Strom auch von privaten Anbietern aus Tadschikistan bezogen und verkauft wird. Seitdem sind die informellen Siedlungen in Kabul mit Strom erschlossen, der aber nicht von der Stadt bereitgestellt wird. Viele Bewohner können sich den Strom nicht leisten. Ebenso wenig ist eine Straßeninfrastruktur in den überwiegenden Teilen der Siedlungen vorhanden. Meist existiert nur eine Schotterpiste, über die Nahrungsmittel, Wasser und Baumaterial transportiert werden. Da kein geplantes Wegenetz existiert, herrscht der typische Sackgassengrundriss vor, d. h. die Gassen sind meist nur zu Fuß, mit dem Motorrad oder dem Esel erreichbar.

Abwasserentsorgung und Wasserversorgung

Ein Kanalisationssystem existiert weder in den geplanten noch in den informellen Siedlungen Kabuls. Das Abwasser wird durch Rohre entsorgt und über offene Kanäle abgeleitet. Wenn keine Kanäle angelegt sind, wird das Abwasser über eine Rinne am Wegesrand abgeleitet. Die Wasserversorgung erfolgt über zentral angelegte Brunnen oder über die Anlieferung mit Tankzügen. Die benötigten Wasservorräte werden abgepumpt und zu Fuß oder per Esel die Berghänge hinauf transportiert. Eine Erschließung mit Trinkwasserleitungen (Nal) gibt es in den meisten Fällen nicht.

Naturrisiken und Katastrophenvorsorge

Viele informelle Siedlungen sind aufgrund ihrer Lage mittelbar oder unmittelbar von Naturrisiken wie Erosion, Hangrutschungen oder Flut betroffen. Aus Unkenntnis der naturräumlichen Bedingungen werden informelle Siedlungen in ausgetrockneten Flussbetten und in durch Steinschlag oder Erosion gefähr-

lizenziert für Andreas Dittmann am 21.03.2017

deten Gebieten errichtet. Mehrfach sind Häuser zerstört und Menschen verletzt worden.

Die informellen Siedlungen der afghanischen Hauptstadt sind nicht mit den *bustees* oder *kampongs* in Asien, den *ranchos* oder *favelas* in Lateinamerika und den *bidonvilles* oder *shantytowns* in Afrika vergleichbar (Haggett 1983, S. 406). Allerdings existiert für sie keine offizielle Bezeichnung. Die Weltbank nennt sie „informelle Siedlungen“ (World Bank 2005, S. 1); in den Ministerien Kabuls und von Nichtregierungsorganisationen werden sie als „ungeplante Siedlungen (*Ghair-e Plani*)“ bezeichnet, während sie von der Stadtbevölkerung als „Gebiete ohne Karte (*Sahaht-e benaqhsha*)“, „Gebiete mit Kraft erbaut (*Zour Abad*)“ oder „Bebaute Gebiete ohne öffentliche Erlaubnis (*Khana haye Khod Sar*)“ genannt werden (vgl. Kohistani 2011).

Aufgrund der historischen, sozio-politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der informellen Siedlungen in Kabul können Typen klassifiziert werden, die im Folgenden dargestellt werden (Klassifikation der informellen Siedlungen in Kabul nach Kohistani 2011; vgl. dazu auch Abb. 2).

- Typ A: Ungeplante legale Siedlungen wie die Altstadt von Kabul, deren Grenzen sich durch unkoordiniertes Wachstum mit den modernen informellen Siedlungen vermischt hat.
- Typ B: Von Landspekulanten besetztes und in Grundstückspartikeln aufgeteiltes Land, die für den Bau von Häusern und Gewerbe weiterverkauft werden.
- Typ C: Von Menschen gegen den Willen der Regierung besetztes öffentliches Land und informelle errichtete Häuser (*Zour-Abad*).
- Typ D: Illegale Siedlungen auf legalem Gebiet, bezeichnet die Umnutzung von landwirtschaftlicher Nutzfläche in Siedlungsfläche ohne offizielle Baugenehmigung.
- Typ E: Temporäre Siedlungen, die aus Zelten, Wellbleche, Plastik errichtet und mit einer Lehmmauer umgeben werden.
- Typ F: Registrierte Wohn- und Gewerbeareale (*Shahrak ha*), deren Grundstücke illegal von Regierungsangehörigen erworben und dann als öffentliche Grundstücke für Wohn- und Gewerbeareale verkauft werden.

Nach dem Fall der Taliban – neue Trends der informellen Siedlungstätigkeit

Nicht alle Bewohner informeller Siedlungen gehören zur armen Bevölkerungsschicht. Insbesondere in Gebieten, die aufgrund ihrer Lage, Aussicht und Grundstücksgröße besonders attraktiv sind, siedeln zunehmend wohlhabende Familien. Die soziale Schichtung der Bewohner findet sich auch in den Bautrends wieder:

- traditionelle Lehmhäuser, die aus Lehm, Stroh und Holzkonstruktionen bestehen und von einer Lehmmauer umgeben sind;
- halb-traditionelle Lehmhäuser, die neben Lehm und Stroh auch durch Stahlkonstruktionen und Zement verstärkt werden, umgeben von einer Lehmmauer;

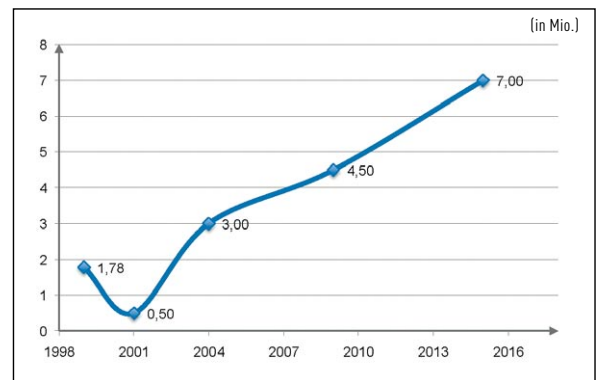


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung von Kabul 1999–2015

Quelle: Auswärtiges Amt 2010, IRIN 2007, Ittig 2005, The World Bank 2005

- *Hayatabad*-Haustyp, errichtet mit Stahlkonstruktionen und Zement; besondere Kennzeichen sind die farbigen Spiegelfenster, ein ornamentales Design, umgeben von sehr hohen Lehmmauern, die zusätzlich durch Stacheldraht gesichert werden (Issa 2009, S. 151 ff.);
- Apartment-Häuser angelehnt an den *Hayatabad*-Stil mit Spiegelglasfenstern.

Seit dem Fall der Taliban sind die Grundstückspreise in Kabul explodiert, Landspekulanten wittern das große Geschäft. Zu ihnen zählen frühere Mujahedin-Kommandeure, aber auch einige Rückkehrer aus dem Westen, die zentrale Schlüsselpositionen in der Regierung besetzen. Der Stadtteil Sherpur geriet 2003 durch illegale Landnahme in die Schlagzeilen, weil er zum Spekulationsobjekt für ehemalige *Warlords* und Minister avancierte.

Sherpur – Sinnbild der Landspekulation

Der UN-Sonderbeauftragte für Wohnraum, *Miloon Kothari*, beschuldigte in einem BBC-Bericht (2003) öffentlich Minister der Regierung *Karzais* des Landraubs im Stadtteil Sherpur (vgl. Abb. 2), im Besonderen das Verteidigungsministerium. Es soll staatliche Grundstücke zu extrem günstigen Preisen oder gar als Entlohnung an hohe Beamte und Minister vergeben haben. Er forderte den Rücktritt des Verteidigungsministers *Muhammad Qasim Fahim* und nannte weitere Minister, darunter auch den Erziehungsminister *Yunis Qanooni*. Alle Beteiligten gehörten der Nordallianz an. Sie vertrieben mit Hilfe der Polizei die Bewohner, die zum Teil seit mehr als 25 Jahre dort lebten, von deren Grundstücken. Zur Legitimation dieser Praxis wurde das Land kurzerhand zur illegalen Siedlung erklärt und anschließend eine Zwangsräumung angeordnet. Die Häuser wurden niedergerissen und mehr als 250 Menschen vertrieben (*Breshna* 2007, S. 240). Verteidigungsminister *Fahim* wies die Vorwürfe zurück und gab an, nur im Sinne des Masterplans gehandelt zu haben. Der UN-Sonderbeauftragte *Kothari* warnte vor den Folgen der Landspekulation, unter denen insbesondere die ärmere Bevölkerung zu leiden hätte. Doch allen Skandalen zum Trotz konnten sich die Landspekulanten durchsetzen. Das „Nobelviertel“

Sherpur mit Häusern im *Hayatabad*-Stil avancierte zu einer *Gated Community* (vgl. Foto 5), die von Milizen scharf bewacht wird.

Neue Akteure in dem Ringen um die Ware „Land“

Als Ergebnis des mehr als 23-jährigen Krieges haben sich die Machtkonstellationen in Kabul verschoben. Seit 2002 tritt eine neue Gruppe von „Landspekulanten“ zunehmend in Konkurrenz zur Stadtverwaltung. Sie üben ihre Macht aus, in dem sie sich öffentliches Landeigentum illegal aneignen, es in arithmetische Grundstücke von 300 bis 400m² aufteilen und an Interessenten verkaufen. Der frühere Minister für die Stadtentwicklung Kabuls, *Yusuf Pashtun*, kritisierte, dass jeden Tag 2 km² Land illegal besetzt werden. 2007 habe die „Landmafia“ 5000 km² öffentliches Landeigentum gestohlen, ein wichtiger Indikator für das Ausmaß and Korruption und rechtlicher Instabilität (vgl. *Irvine* 2007). Doch bisher konnte die Regierung dem illegalen Landhandel keinen Einhalt gebieten. Das liegt nicht zuletzt daran, dass einige der offiziell bestellten regierungsseitigen Hauptakteure der Stadtentwicklung Kabuls unter Korruptionsverdacht gerieten (vgl. *Ittig* 2006): Das *Ministry of Urban Development and Housing* (MUDH) soll den Bürgern Afghanistans Zugang zu Wohnmöglichkeiten eröffnen.

Dafür hat das MUDH das Mandat der Regierung erhalten, politische Strategien, Programme und Projekte vorzubereiten und ist für die Berechnung der Budgets der Stadtentwicklungsplanung zuständig, die aus den

Mitteln des nationalen Entwicklungsbudgets (NDB, *National Development Budget*) finanziert werden. Ihm untersteht der Bürgermeister von Kabul mit der Verwaltung von 18 Stadtdistrikten Die Stadtverwaltung entscheidet über den Verkauf großer Gebiete öffentlichen oder staatlichen Landeigentums und ist für Grundbucheinträge, die Dokumentation der Nutzung von Straßen und Wasserversorgung und die Erhebung der dafür anfallenden Gebühren zuständig.

Die ungeklärte Zuteilung von Landrechten und diffuse Beschaffung von Grundstücksdokumenten brachte die Kabuler Stadtverwaltung unter Korruptionsverdacht. Sie wurde daraufhin reformiert und eine ganze Reihe von Mitarbeiter durch neue ersetzt (vgl. *Ittig* 2006). Der *Kabul City High Commission* (KCHC) gehören das MUDH, das Finanzministerium, das Innenministerium und der Bürgermeister von Kabul an. Sie hat die Entscheidungskompetenz über die Verwendung von öffentlichem und staatlichem Landeigentum, Zwangsräumungen eingeschlossen. In ihre Verantwortung fiel 2003 auch die Zwangsräumung im Kabuler Stadtteil Sherpur.

Die *Consultative Group* (CG) besteht aus Vertretern der Geberländer, der Minister des MUDH, Entscheidungsträgern der Stadtverwaltung sowie UN-Vertretern, Nichtregierungsorganisationen und Beratern. Sie unterstützt das MUDH bei der Entwicklung von Programmen, Budgets und dem Monitoring von Stadtentwicklungsprojekten. Die mangelnde Effektivität dieses Gremiums ist den vielfältigen und teilweise unkoordinierten Aktivitäten der Geberländer und der internationalen Finanzinstitutionen geschuldet.

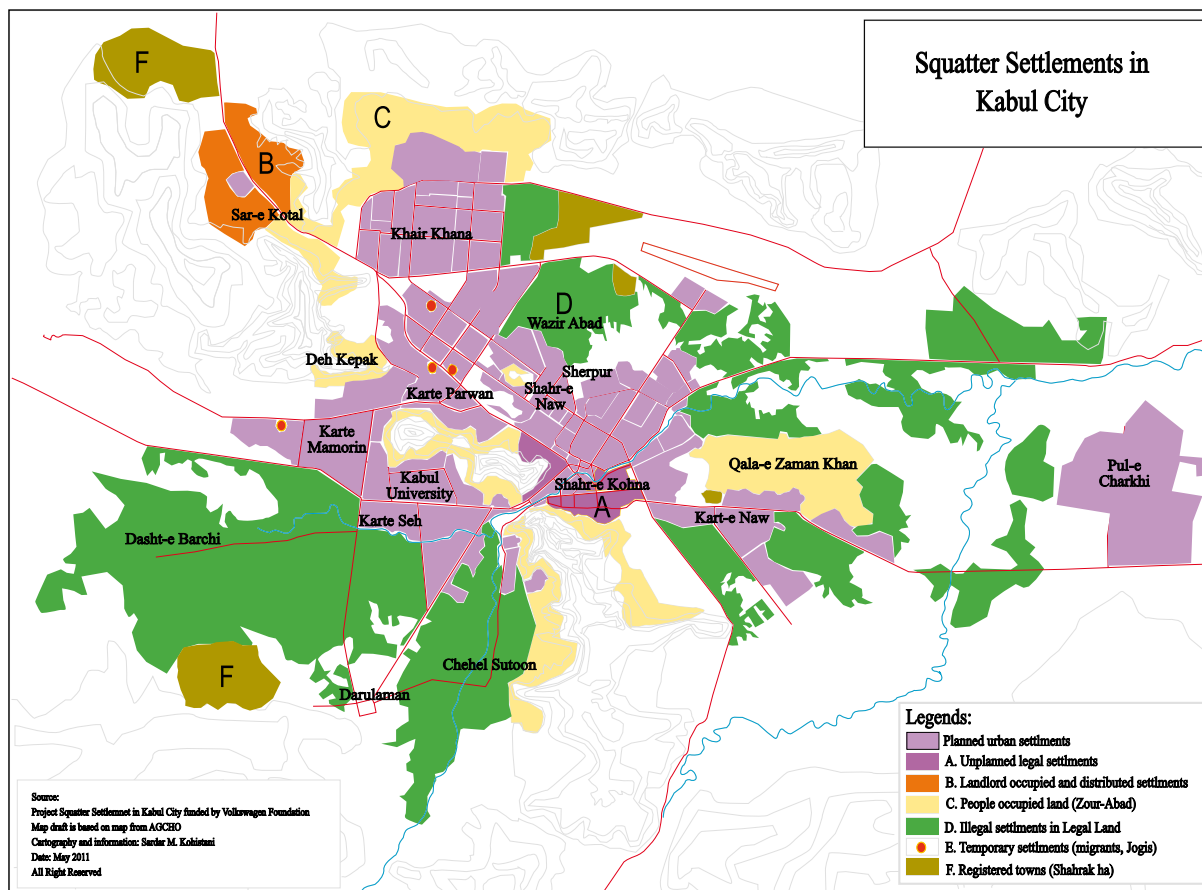


Abb. 2: Klassifikation der informellen Siedlungen in Kabul

lizenziert für Andreas Dittmann am 21.03.2017

Als Vertreter der Stadtbevölkerung agieren die Nachbarschaftsvertretungen in Form von *Shuras* (Ratsversammlungen) in den 18 Stadtdistrikten. Die meisten der 470 Nachbarschaftsvertretungen wurden durch UN-Vertreter und Nichtregierungsorganisationen initiiert, die auf lokaler und internationaler Ebene die Implementierung von Projekten begleiten. In jeder Nachbarschaft (*Gozar*) gibt es Vorsteher (*Wakil*), die ihre Autorität auf ihr lokales Patronage-Klientel-Verhältnis gründen (vgl. Ittig 2006). 2002 bemerkte die Koordinatorin der Kabuler *Community Fora Development Organization*, Saifoor Khistny, dass die Fora für den Wiederaufbau und die Sanierung der Stadt unabdingbar seien. Die *Community*-Foren haben nicht nur die Unterstützung ihrer Gemeinschaft, sondern sie sind die beste Möglichkeit, den Bedarf der vielen Gemeinschaften zu bestimmen. Dadurch gewinnen die Wiederaufbauprojekte die Akzeptanz der Bewohner, die sich ihnen verpflichtet fühlen und für die weitere Instandhaltung oder eine gerechte Verteilung sorgen.

Trotz der hohen Korruptionsgefahr in den öffentlichen Institutionen darf dennoch kein Pauschalurteil erhoben werden. Dies würde der Situation und den Menschen, die sich wirklich bemühen, die Probleme der Stadtentwicklung in den Griff zu bekommen, nicht gerecht werden. Das Hauptproblem sei "... *the lack for professional capacity in the government to effectively plan and implement different aspects of urbanization*", bemerkte Yusuf Pashtun, der damalige Minister für die Stadtentwicklung von Kabul (vgl. IRIN Asia 2007).

Rolle der Hochschulbildung für die Stadtentwicklung Kabuls

Die meisten Mitarbeiter der Ministerien werden bis heute an Afghanistans Universitäten ausgebildet. Da der langjährige Krieg den Bildungsprozess unterbrochen hat, kann nur auf veraltetes Wissen zurückgegriffen werden. Das Problem: auch an den Universitäten besteht ein Mangel an qualifizierten Hochschullehrern. Erst jetzt kehren erste Absolventen mit einem im Rahmen verschiedener Stipendienprogramme im Ausland erworbenen Dokortitel an ihre Heimat-Universitäten zurück. Die afghanische Regierung steht auch bei der Aus- und Weiterbildung der künftigen afghanischen Generationen vor gewaltigen Herausforderungen (vgl. dazu den Beitrag von *Kohistani* in diesem Heft). Um diesem Dilemma entgegenzuwirken wurde ein Pilotprojekt ins Leben gerufen, dass die wissenschaftliche und städtebauliche Qualifizierung afghanischer Studenten und Hochschullehrer am Beispiel der informellen Siedlungen in Kabul zum Ziel hat.

Ausbildungs- und Forschungsprojekt „Squatter Settlements in Kabul“

Das Hauptproblem der informellen Siedlungen besteht darin, dass die bisher vorliegenden Zahlen wie z. B. der Weltbank-Studie (2005) auf Schätzungen basieren, die aus einem Satellitenbild abgeleitet wurden, andere Studien, wie etwa die von *Schütte* (2006), decken nur

ein kleines Gebiet ab. 2010 startete das Geographische Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen zusammen mit dem Institut für Architektur und Siedlungswasserwirtschaft der TU Berlin das Ausbildungs- und Forschungsprojekt „*Squatter Settlements in Kabul*“, das mit Mitteln der Volkswagen Stiftung gefördert wird. In Kooperation mit den afghanischen Partnerinstituten dem Geographischen Institut und dem Institut für Architektur der Universität Kabul, dem Institut für Wasserversorgung und Umweltingenieurswesen und dem Institut für Architektur des Polytechnikums Kabul, bildeten afghanische und deutsche Wissenschaftler 120 Studenten und Hochschullehrer in Methoden der Stadtentwicklung und Feldforschung vor Ort aus.

Fallbeispiel Deh Kepak

Die Studenten konnten in einem ersten Projektabschnitt 1566 Haushalte in dem Untersuchungsgebiet Deh Kepak (vgl. *Abb. 2*) zu Infrastruktur und sozioökonomischen Rahmenbedingungen befragen. Ursprünglich war Deh Kepak ein Dorf, das durch die informelle Siedlungstätigkeit überformt wurde und sich zu einem eigenen Stadtteil entwickelt hat. Die ersten Ergebnisse liefern interessante Einblicke: 65% der Befragten gaben an, dass sie aus Armutgründen in Deh Kepak leben, knapp 18% hat der Krieg dorthin verschlagen, der Rest gab andere Gründe an. Das spiegelt sich in den durchschnittlichen Monatseinkommen wider: Knapp 35% verdienen zwischen 7000 und 10000 Afghani (entspricht durchschnittlich 100–150 €), 28% verdienen zwischen 75 und 100 € und knapp ein Viertel zwischen 45 und 75 €, kaum ausreichend, um in Kabul eine Familie zu ernähren. Dreiviertel der Befragten verdienen ihr Geld im Privatsektor, ein Viertel ist bei der Regierung angestellt. Mehr als die Hälfte (56%) gab an, dass sie nicht aus Kabul stammt, ein Indikator für die Folgen der Flüchtlingsbewegungen.

Aufgrund des Strukturwandels ist Deh Kepak zumindest im Hinblick auf die Wasser- und Stromversorgung relativ gut angebunden. So gab die Hälfte der Befragten an, an die öffentliche Trinkwasserversorgung angebunden zu sein. Weiterhin beziehen 47% ihren Strom aus dem öffentlichen Netz. Doch 95% gaben an, dass es keine befestigten Wege oder Straßen gibt. Im Winter verwandeln sich die staubtrockenen Sandpisten in schlammige, kaum passierbare Wege. Knapp die Hälfte der Befragten fühlt sich von Hochwasser gefährdet, Steinschlag und Erdbeben bedrohen ein Drittel der Bewohner. Auf die Frage, ob die Bewohner Unterstützung von der Regierung erhalten haben, antworteten 93% mit Nein. Dies ist ein deutliches Indiz für die große Diskrepanz zwischen den Bewohnern und der Regierung.

Entwicklungshemmnis oder -chance?

Ohne leistungsfähige staatliche Strukturen, die eine legale Eigentumsverwaltung garantieren, stagniert die Situation der Bewohner in den informellen Siedlungen. Die Stadtverwaltung von Kabul ist aufgrund

des schwachen Regierungsapparates nicht in der Lage, der gesamten Stadtbevölkerung legal adäquaten Wohnraum bereitzustellen. Folglich halfen die Bewohner sich selbst, indem sie ihre Häuser illegal errichteten. Dadurch ist eine rechtlich-humanitäre Pattsituation entstanden, die ein Machtvakuum erzeugt hat, aus dem vermehrt Landspekulanten ihren Vorteil ziehen. Auch wenn diese ein gutes Geschäft vermuten, verringert die unsichere Rechtslage insgesamt die Investitionsbereitschaft der Bewohner. Gelingt es der afghanischen Regierung zumindest Teile der informellen Siedlungen zu legalisieren, würde dies wichtige Kapitalressourcen freisetzen. Gesicherte Eigentumsrechte erhöhen die Investitionsbereitschaft, verbessern die Lebenssituation und erhöhen als Nebeneffekt die lokale und internationale Wirtschaftstätigkeit, wie z. B. den Im- und Export von Baumaterialien und die Produktion von Baumaterialien vor Ort.

Erst mit einer offiziellen Anerkennung der informellen Siedlungen können die öffentlichen Behörden wieder ihre Rolle im Sinne einer gesamtstädtischen Planung zurückgewinnen. Möglich wird dies aber nur, wenn Stadt, Bewohner und Landspekulanten in einen Dialog treten und ihre Interessen miteinander verhandeln. Dabei können die Beteiligten auf ihre bewährten Kommunikationsstrukturen in Form sogenannter *Shuras* und *Community-Foren* zurückgreifen, in denen Interessensvertreter aller beteiligten Akteure teilnehmen. Das bedeutet z. B. für die Stadt, dass sie die informellen Siedlungen an das öffentliche Infrastruktursystem anschließen muss. Im Gegenzug müssen die Bewohner ihren Pflichten nachkommen und die Nutzungsgebühren in die öffentlichen Kassen einzahlen. Nur mit Hilfe der Bewohner der informellen Siedlungen wird es der Stadtverwaltung gelingen, langfristige und nachhaltige Maßnahmen für die Verbesserung der Lebenssituation zu implementieren und damit die gesellschaftliche Akzeptanz der Stadtverwaltung wieder zu gewinnen. **III**

LITERATUR

- Bechhoefer, W.C. (1977): The role of squatter housing in the urbanization of Kabul. *Afghanistan-Journal* 4 (1), S. 3–8
- Breshna, Z. (2007): Das historische Zentrum von Kabul, Afghanistan. Grundlagenmittlung für eine Strategie der Wiederbelebung. Karlsruhe
- Central Statistics Office (1986): *Afghanistan Statistical Yearbook*. Kabul
- Dupree, N. (1975): *Kabul City*. Special Paper based on a lecture in New York City on 7 February 1975. New York
- Haggett, P. (1983): *Geography. A modern synthesis*. New York
- Hahn, H. (1964): *Die Stadt Kabul (Afghanistan) und ihr Umland: Gestaltwandel einer orientalischen Stadt*. Bonn
- Hahn, H. (1975): Die traditionellen Lebensformen: Die städtische Sozialstruktur. In: W. Kraus (Hrsg.): *Afghanistan: Natur, Geschichte und Kultur, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft*. Tübingen, Basel, S. 207–220
- Issa, C. (2006): Architecture as a symbol of national identity in Afghanistan: Myth and reality in the reconstruction process of Kabul. *Geographische Rundschau International Edition* 2 (4), S. 27–32
- Issa, C. und S.M. Kohistani (2007): Kabul's urban identity. An overview of the socio-political aspects of development. *Asien* 104 (7), S. 51–64
- Kohistani, S.M. und C. Issa (2011): Squatter settlements in the perspective of the Afghan capital Kabul. *Gießen (Discussion Papers, ZEU)*
- Schalz, F. (2007): *Entwicklungsländer. Entwicklung und Unterentwicklung im Prozess der Globalisierung*. Braunschweig (Diercke Spezial)
- Schütte, S. (2006): Searching for security: urban livelihoods in Kabul. Kabul (AREU Afghanistan Research and Evaluation Unit)

INTERNETQUELLEN

- Auswärtiges Amt (2010): Länderinformationen – Afghanistan
www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/ender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Afghanistan_node.html
- BBC (2003): Karzai 'to stop officials land grab'. 12. September 2003
http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/3103648.stm
- IRIN Asia – Afghanistan (2007): Kabul facing „unregulated“ urbanisation. Kabul
www.irinnews.org/Report.aspx?ReportID=75508
- Irvine, S. (2007): Powerful 'grab Afghanistan land'. BBC, 6. September 2007
http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/6981035.stm
- Issa, C. (2009): *Baukultur als Symbol nationaler Identität. Das Beispiel Kabul, Afghanistan*. Dissertation Universität Gießen
<http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2010/7483/>
- Ittig, A. (2006): *Urban Development in Kabul: An Overview of Challenges and Strategies*
www.institute-for-afghan-studies.org/Contributions/Projects/Dr-Ittig/UrbanDev.htm
- World Bank (2005): Why and how should Kabul upgrade its informal settlements? (Kabul Urban Policy Notes 2)
<http://siteresources.worldbank.org/SOUTHASIAEXT/Resources/223546-1150905429722/PolicyNote2.pdf>
- UNAMA (2010): Fifty thousand refugees return this year. Kabul
<http://unama.unmissions.org/Default.aspx?ctl=Details&tabid=1760&mid=2002&itemID=8898>
- UNHCR: Country Operations Profile – Afghanistan (Stand 2011)
www.unhcr.org/pages/49e486eb6.html
- United Nations: *World Urbanisation Prospects, the 2009 Revision*
http://esa.un.org/unpd/wup/fig_5.htm

SUMMARY

Informal Settlements in Kabul

by Christine Issa, André Staarmann

Present estimates conclude that more than 5 million people are living in Kabul and until now, not all war refugees decided to turn back home. The population boom has raised the demand for settlement in the city and challenging tasks for the municipality. But weak governance and corruption have risen up new stakeholders in the struggle for landownership. A new group of “landlords” took over tasks of the municipality, occupying unplanned areas and distributing land for people who desperately need it. These developments led to a massive growth of the city that mostly happened through informal building activity.

AUTOREN

Dr. CHRISTINE ISSA, geb. 1969
 issa@saminworld.org
 Arbeitsgebiete/Forschungsschwerpunkte:
 Stadt- und Kulturgeographie, Entwicklungsforschung

ANDRE STAARMANN, geb. 1968
 Andre.Staarmann@gmx.de
 Arbeitsgebiete/Forschungsschwerpunkte:
 Postkoloniale Geographie, Entwicklungsforschung

Institut für Geographie, Universität Gießen,
 Senckenbergstraße 1, 35390 Gießen